

Es gilt das gesprochene Wort!

TOP 31 – Aids-Beratung in Flensburg

Dazu sagt die Parlamentarische Geschäftsführerin
der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen,

Monika Heinold:

**Fraktion im Landtag
Schleswig-Holstein**

Pressesprecherin
Claudia Jacob

Landeshaus
Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Durchwahl: 0431/988-1503

Zentrale: 0431/988-1500

Telefax: 0431/988-1501

Mobil: 0172/541 83 53

E-Mail: presse@gruene.ltsh.de

Internet: www.gruene-landtag-sh.de

Nr. 165.04 / 30.04.2004

Für den Standort Flensburg muss es eine schnelle Lösung geben

Die Immunschwächekrankheit Aids ist heute kein Tabuthema mehr – zum Glück. Daran haben Aufklärung, Forschung und Prävention einen großen Anteil. Zu aller erst ist es aber ein Verdienst der Aids-Selbsthilfegruppen. Die Landesregierung hat diesen Erfolg durch die Förderung der Aids-Selbsthilfe und Aids-Präventionsarbeit in Schleswig-Holstein mit ermöglicht.

Festzustellen ist außerdem, dass Aids und HIV-Infektion heute kein Thema mehr ist, das sich auf sogenannte Randgruppen begrenzt. Wir müssen nüchtern bilanzieren, dass die Zahlen von Frauen und Kindern zunehmen, und dass bei nahezu stagnierenden Zahlen in den europäischen Staaten.

Die medizinische und pflegerische Versorgung aidskranker Menschen ist heute kein abgeschlossener Sonderbereich mehr. Sie hat Eingang gefunden in die allgemeine medizinische und pflegerische Lehre, Forschung und Versorgung.

Das Wissen um den normalen Umgang mit Aids, die Wege und Risiken einer HIV-Infektion bzw. deren Vermeidung sind inzwischen in allen Bevölkerungsgruppen glücklicherweise weit verbreitet.

Vor diesem Hintergrund war eine moderate Reduktion der Landesmittel für den Bereich Aids vertretbar. Allerdings unter der Vorbedingung, dass an allen vorhandenen Standorten in Schleswig-Holstein die Arbeit der Aidsberatung und –prävention sicher gestellt bleibt.

1/2

Eine weitere Kürzung der Mittel war und ist nicht unser Ziel. Erste Befragungen unter Jugendlichen warnen uns vor unzeitgemäßer Sorglosigkeit. Prävention, Aufklärung und Beratung sind eine Daueraufgabe, die wir ernst nehmen müssen.

Für den Standort Flensburg muss es eine schnelle und vor allem eine niedrighschwellige Lösung geben. Negative Erfahrungen mit einem einzigen Träger dürfen weder dazu führen, dass hilfesuchenden Menschen Unterstützung vorenthalten wird, noch dass Beratung und Hilfe wieder in das „sichere Haus Behörde“ verlegt werden.

Eine solche Lösung ist vor allem dann kontraproduktiv, wenn sie - von oben verordnet - von den betroffenen Akteuren vor Ort nicht akzeptiert wird. Eine regionale Lösung, die den gegebenen Verhältnissen und den Menschen gerecht wird, kann nur vor Ort und im Dialog getroffen werden.

Wir geben für den Lösungsweg lediglich die Prämisse mit auf den Weg, dass wir im Gegenzug zu den bereit gestellten Haushaltsmittel erwarten, dass auch zukünftig - wie bisher – ein Angebot aufrecht erhalten wird, das für alle Aidskranken, HIV-Positiven und Ratsuchenden ohne Schwellenangst zugänglich ist.

Die Erfahrung an anderen Orten zeigt, dass ein freier Träger diesen Anforderungen meistens am besten gerecht werden kann.

Wir wünschen allen Beteiligten vor Ort, dass sie sich schnell auf ein tragfähiges Konzept einigen, damit die Betroffenen wieder eine Anlaufstelle und ein Hilfsangebot haben.
